

Militarisierung von Forschung und Lehre

von Sarah Nagel

An mehr als zwanzig Hochschulen und weiteren zivilen Einrichtungen findet bundesweit Forschung statt, welche die Bundesregierung als „bundeswehrrelevant“ bezeichnet. Dafür wurden 2008 1,1 Milliarden Euro ausgegeben. Daneben wird an Hochschulen auch im Rahmen der Projekte „Forschung für die zivile Sicherheit“ gearbeitet, die im Jahr 2007 auf EU-Ebene und gleichzeitig auch mit einem eigenen Programm des Bildungsministeriums in Deutschland gestartet sind. Bei einem Blick auf die Forschungslandschaft werden vor allem zwei Veränderungen deutlich: Die Bundesregierung und auch die EU benötigen immer breiter gefächerte Forschungsergebnisse, weil sie in den vergangenen Jahren an immer mehr Auslandseinsätzen beteiligt sind. Dazu gehören die Rekrutierung, die Eignungsfeststellung und die Behandlung von verletzten und traumatisierten Soldaten genauso wie Waffen, technisches Gerät und Ausrüstung im Einsatz. Auch die langfristige Besetzung von Ländern wirft für die Bundesregierung und die EU neue Fragen auf. Die zweite Entwicklung ist das Verwischen der Grenzen zwischen ziviler und militärischer Forschung: Ob es sich um Forschung im Bereich des „Dual use“ handelt, also Forschung an Produkten, die sowohl zivil- als auch militärisch verwendet werden können, oder um Projekte, die auf den ersten Blick überhaupt nicht als „bundeswehrrelevant“ erkennbar sind, aber trotzdem vom Verteidigungsministerium in Auftrag gegeben wurden – die Grenzen sind oft fließend.

Forschung für die „zivile Sicherheit“

Das „Forschungsprogramm für die zivile Sicherheit“ besteht auf deutscher und europäischer Ebene. Die EU-Kommission stellte 1,4 Milliarden Euro bereit, die Firmen und Institute aus diesem Topf beantragen können. Für das nationale Forschungsprogramm, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung entwickelt wurde, zahlt die Bundesregierung 123 Millionen Euro. Hinter dem Forschungsprogramm steht ein relativ neues Sicherheitsdenken: Verteidigt wird nicht nur ein Staat gegen den Angriff eines anderen Staates, was lange Zeit Grundlage von Außenpolitik und militärischen Strategien war. Potenzielle Terroranschläge, Naturkatastrophen oder massive Flüchtlingsbewegungen werden nun ebenfalls als Bedrohung der Sicherheit eingestuft. Die Bundesregierung will dies zum Anlass nehmen, auch schon präventiv militärisch zu intervenieren. Das bedeutet einerseits eine argumentative Verknüpfung von äußerer und innerer Sicherheit. Andererseits wird auch bei den Auslandseinsätzen selbst mit dem Konzept der „vernetzten Sicherheit“ militärische Intervention mit ziviler Aufbauhilfe verbunden und mit dem Schutz der eigenen Bevölkerung begründet.

So sagte Bundeskanzlerin Merkel bei einem Besuch in Afghanistan im April 2009: „Wir kämpfen dafür, dass Afghanistan sich selbst verteidigen kann, dass es seine Sicherheit gewährleisten kann, damit nie wieder Terrorisierungsgefahr auch für uns in Deutschland von Afghanistan ausgeht.“¹

1 Regierung online: Militärisches Engagement und ziviler Aufbau gehören zusammen. URL: http://www.bundesregierung.de/nn_1264/Content/DE/Artikel/2009/04/2009-04-06-merkel-afghanistan.html.

Bildungsministerin Schavan erklärt in einer Broschüre zum „Forschungsprogramm für die zivile Sicherheit“ des BMBF: „Um uns vor Gefahren durch Terrorismus, Kriminalität und Naturkatastrophen zu schützen, brauchen wir mehr denn je die Forschung. Die Bundesregierung hat im Januar 2007 das Programm ‚Forschung für die zivile Sicherheit‘ verabschiedet. Im Mittelpunkt des neuen Programms steht die Verbesserung des Schutzes und der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Die intensive Forschungstätigkeit in zukunftssträchtigen Basistechnologien bildet hierfür eine gute Voraussetzung.“² Zukunftssträchtig sind aber auch die Profite, die im Bereich der Sicherheitstechnik erwartet werden. Schon im Jahr 2005 hatte der Markt für Sicherheitstechnik in Deutschland einen Umfang von 10 Milliarden Euro und versprach ein Wachstum von 7 bis 8 Prozent. Das erläuterte Andreas Hoffknecht vom VDI Technologiezentrum Düsseldorf, einem der Projektträger des Programms, bei einem Vortrag an der Bundeswehrhochschule München. Daher sei eine Marktorientierung wichtig: Die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in diesem Bereich solle gestärkt werden, und „[d]er Staat kann als Nachfrager im Bereich der Sicherheitslösungen einen Pioniermarkt schaffen und so Anbietern aus Deutschland die Einführung von neuen Technologien erleichtern.“³ An einer Marktorientierung lässt auch die Entwicklung des Forschungsprogramms auf EU-Ebene nicht zweifeln.

Schon im Jahr 2003 beriefen Mitglieder der EU-Kommission eine „Gruppe von Persönlichkeiten im Bereich der Sicherheitsforschung“ ein, die sich mit der Entwicklung eines Forschungsprogramms im Hinblick auf die politischen Ziele der EU beschäftigen sollten. Acht von 25 Mitgliedern dieser Gruppe arbeiteten dabei für die Rüstungsunternehmen BAE Systems, Diehl, EADS, Ericsson Finmeccanica, Indra, Siemens und Thales. Auch im 2005 gegründeten 45-köpfigen Beratergremium ESRAB finden sich zahlreiche Vertreter aus der Industrie.⁴ Dass die „zivile Sicherheit“ auch einen Markt für Rüstungsunternehmen darstellt, haben mittlerweile fast alle Konzerne erkannt. Die größten europäischen Rüstungs- und Raumfahrtunternehmen waren bereits an der Ausarbeitung des jetzigen EU-Sicherheitsforschungsprogramms beteiligt.⁵ Sie sind nicht nur in dessen Gutachterkreis vertreten, der letztlich über die Bewilligung von Forschungsprojekten entscheidet, sondern wurden unter deutscher Ratspräsidentschaft zudem noch in das Europäische Forum für Sicherheitsforschung und Innovation (ESRIF) berufen, dessen Aufgabe u.a. darin besteht, Schwerpunkte für die kommenden Ausschreibungen des

2 BMBF: Forschung für die zivile Sicherheit – Eine Bestandsaufnahme: Forschungslandschaft und Ansprechpartner. URL: http://www.bmbf.de/pub/forschung_fuer_zivile_sicherheit_eine_bestandsaufnahme.pdf

3 Hoffknecht, Andreas: Das nationale und das europäische Sicherheitsforschungsprogramm, Vortrag an der Universität der Bundeswehr München vom 25.06.2008.

4 Kuhr, Nicola: Militärische Geschichte, Zeit-online vom 3.12.2008.

5 Hayes, Ben: Arming Big Brother - The EU's Security Research Programme, Transnational Institute, TNI Briefing Series 1/2006. URL: <http://www.statewatch.org/analyses/bigbrother.pdf>.

Forschungsprogramms zu definieren. „Hier können Betreiber Kritischer Infrastrukturen, Anbieter von Sicherheitstechnologie, Rüstungsfirmen und andere Wirtschaftsunternehmen gemeinsam mit Sicherheitspolitikern und Praktikern Bedrohungsszenarien entwickeln und ihre 'Lösungen' anbieten, für welche die EU dann Geld bereitstellt“ charakterisierte Christoph Marischka das ESRIFF in einer IMI-Analyse.⁶ Auch Hoffknecht unterstrich in seinem Vortrag, dass sich 80 Prozent der sicherheitsrelevanten Infrastrukturen in Deutschland in privater Trägerschaft befinden – diese zu schützen, macht sich dann die Bundesregierung zur Aufgabe, geforscht wird dazu zum Beispiel im Bereich „Schutz kritischer Infrastrukturen“ des Forschungsprogramms für zivile Sicherheit. Das bedeutet in erster Linie, dass die Infrastrukturen im Falle von Naturkatastrophen oder Terroranschlägen geschützt werden, immer häufiger wird aber auch die Bevölkerung selbst eher als Bedrohung dargestellt denn als schützenswert, wie Sabine Lösing und Jürgen Wagner schreiben: „Die ESRIFF-Arbeitsgruppe 1 beschäftigte sich mit der ‚Sicherheit der Bürger‘, bei genauerer Betrachtung drängt sich jedoch der Verdacht auf, dass es hierbei eher um die Sicherheit *vor* den Bürgern geht.“⁷ Das ESRIFF warnt vor einer „Radikalisierung von Gruppen in der Bevölkerung“ und analysiert die Bedrohung folgendermaßen: „In bestimmten Gruppen der Bevölkerung, die über bestimmte Charakteristika verfügen (z.B. ethnische Herkunft, Religion, Studenten, Armut) kann sich eine Stimmung von Entfremdung und Ausgrenzung breit machen. Sollten diese Gefühle ignoriert werden, besteht die Gefahr, dass ungewünschte Entwicklungen ausgelöst werden, die zu einer sich verschlimmernden Unzufriedenheit in organisierten Gruppen und Netzwerken führen. Das nächste Stadium könnte die Mobilisierung möglicher Akteure sein, um ihre Rechte zu verteidigen. Am Ende sind gewalttätige Handlungen möglich.“⁸ Die EU antwortet darauf unter anderem mit dem Forschungsprogramm „Automatische Aufspürung abnormalen Verhaltens und von Bedrohungen in bevölkerten Räumen“ (ADABTS).

Das Verwischen der Grenzen zwischen ziviler und militärischer Forschung ist bei der Forschung für die zivile Sicherheit politisch durchaus gewollt: „ESRIFF befürwortet, dass die externe Dimension von Sicherheit auf der Agenda jeglicher künftigen Sicherheitsforschungs- und Innovationspolitik eine große Rolle spielen soll. Die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten sind Teil einer hochgradig komplexen und interdependenten Welt. Gescheiterte Staaten, Grenzstreitigkeiten, umweltbedingte Migration und Ressourcenkonflikte haben allesamt interkontinentale, wenn nicht globale Auswirkungen. Europa kann diese externen Risiken und Bedrohungen [...] für seine innere Sicherheit nicht ignorieren. [...] Aber dies erfordert auch eine neue Mentalität, um die Zusammenarbeit ziviler und militärischer Autoritäten auszubauen, die in vielen Fällen auf die gleichen Organisationen und Kapazitäten zurückgreifen.“ (ESRIFF 2009: 10). Ähnlich wurde dies offenbar von den Mitgliedern des EU-Rates gesehen, die nach ihrem Treffen im November 2009 in einer Erklärung festhielten: „Der Rat unterstreicht die Notwendigkeit, Synergien hinsichtlich verteidigungs- und sicherheitsforschungsbezogener Aktivitäten zu finden.“ In Deutschland bemühte sich die Bundesregierung

noch, den direkten Zusammenhang zu verleugnen und rechnet „bundeswehrrelevante“ Tätigkeiten nur dem BMVg zu.

Schavan bezeichnet die Projekte in diesem Programm zwar als „sicherheitsrelevant“, die Bundesregierung legt jedoch Wert darauf, dass das BMBF keineswegs „wehrtechnische und bundeswehrrelevante Forschungsthemen“ vergibt. „Es wurde allein vom federführenden und für die Umsetzung zuständigen BMBF entwickelt und mit allen Ressorts abgestimmt“, heißt es in der Antwort auf eine Kleine Anfrage.⁹ Am Sicherheitsforschungsprogramm sind jedoch mehrere Akteure beteiligt. Innerhalb Deutschlands erklärt auch das BMVg, dass die wehrwissenschaftlichen Einrichtungen der Bundeswehr im Bereich der Sicherheitsforschung und -technologie mit anderen Forschungseinrichtungen des Bundes, der Länder und mit Unternehmen kooperieren würden. Eine klare Trennung von verteidigungsrelevanter Forschung besteht offenbar nicht: „Gerade das synergistische Potenzial gemeinsamer Forschungsanstrengungen mit anschließender Nutzung in den Bereichen der inneren, äußeren oder privaten Sicherheitsvorsorge führen zu zunehmenden Kooperationsanstrengungen. Unterstützung erfahren die Anstrengungen durch das Sicherheitsforschungsprogramm der Bundesregierung, an deren Vorbereitung und Erstellung das Bundesministerium der Verteidigung beteiligt wurde.“, erklärt das BMVg.¹⁰ Auch das Bundesinnenministerium gab an, bereits bei der Entwicklung eng eingebunden zu sein und das Programm wesentlich mitgestaltet zu haben. Der Bundesnachrichtendienst erklärte ebenfalls, im „weiteren Sinn“ einen Bezug zur Sicherheitsforschung zu haben.¹¹

Seit der Begründung der „Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)“ vor mehr als zehn Jahren ist die EU-Politik nicht nur aggressiver geworden, sondern übernimmt damit auch ähnlich wie die deutsche Außenpolitik immer neue Aufgaben. Deshalb müsste auch die militärische Forschung und Entwicklung im Rahmen eines erweiterten Sicherheitsbegriffs ausgedehnt werden, empfahl 2007 die der Bundesregierung zuarbeitende Stiftung Wissenschaft und Politik: „Neben möglichen militärischen Aufträgen für europäische Kriseneinsatzkräfte umfasst ESVP auch Aufgaben, die ganz oder teilweise zivilen Charakter tragen... Hierzu zählen im Wesentlichen die Bekämpfung des internationalen Terrorismus und der organisierten Kriminalität, die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen sowie die Unterstützung von Staaten, die vom Verfall bedroht sind, insbesondere solchen in den Bürgerkriegsregionen der Dritten Welt. Um diesen Aufgaben gerecht zu werden, müssen die Sicherheitsorgane der ESVP über leistungsfähige Technologien verfügen, die ihrerseits eine hochentwickelte Forschung und Entwicklung voraussetzen.“¹²

Bundesforschungsministerin Annette Schavan erklärte während der Tagung „Future Security“, welche die Fraunhofer Gesellschaft 2006 in Karlsruhe veranstaltete: „Die Anschläge in Madrid und New York haben die Welt mit der Bedrohung durch Terrorismus konfrontiert und deutlich gemacht, dass der technische Fortschritt und die global vernetzte Welt neben Wohlstands- und Freiheitsgewinnen auch neue Risiken mit sich bringt. Wir müssen neue Wege suchen, um unsere Freiheit und Rechtstaatlichkeit und den

6 Marischka, Christoph: Der Albtraum Sicherheit, in: AUSDRUCK (August 2008).

7 Lösing, Sabine/ Wagner, Jürgen: Rüstung durch die Hintertür, in: AUSDRUCK (Februar 2010), S. 30.

8 ESRIFF (2009): Final Report, December 2009, S.49; URL: http://www.esrif.eu/documents/esrif_final_report.pdf (18.12.2009).

9 Drucksache des Deutschen Bundestages, Nr. 16/10156, S. 3.

10 Kuhrt, Nicola: Verwirrend geheim, Zeit-online vom 3.12.2008.

11 Ebd.

12 Geiger, Gebhard: EU-Sicherheitsforschung – Der Beitrag der Wissenschaft zur europäischen Sicherheit, SWP Aktuell, März 2007.



*Die Universität wird zum Schauplatz der Sicherheitsforschung - Front der Universität Bonn,
Foto: Der Wolf im Wald, CC, Wikimedia*

damit verbundenen freiheitlichen Lebensstil zu sichern.¹³ Dafür solle das Potenzial von Wissenschaft und Forschung besser ausgenutzt werden, um diesen „freiheitlichen Lebensstil“ zu garantieren. Im Rahmen des deutschen Programms werden mehr als 50 Projekte in Deutschland durchgeführt. In der Ausschreibung suchte das BMBF nach neuen Verfahren, um Bedrohungen durch chemische, biologische, nukleare und explosive Gefahrstoffe zu erkennen. Außerdem wurde nach Lösungen für den „Schutz kritischer Infrastrukturen“ gesucht. An der TU Berlin wird zur „Optimierung der Sicherheitsprozesse auf Verkehrsflughäfen“ geforscht, an der Uni Paderborn zur „Organisationsübergreifenden Gefahrenabwehr zum Schutz von Menschen und kritischen Infrastrukturen durch optimierte Prävention und Reaktion“. An der Ruhr-Universität Bochum forscht die Arbeitsgruppe Höhlen- und U-Bahnklimatologie zum selben Thema.¹⁴ Auch die Terahertz-Technik wird in diesem Zusammenhang erforscht. Sie ist Grundlage der im Jahr 2008 heftig umstrittenen Nacktscanner. Die Ablehnung in der öffentlichen Debatte um die Nacktscanner hatte Innenminister Schäuble zwar dazu gebracht, deren Anwendung in Deutschland zu dementieren, doch das BMBF förderte gleichzeitig deren Entwicklung.¹⁵ An den Universitäten Karlsruhe und Frankfurt am Main und in zwei Instituten der Fraunhofer Gesellschaft wird am Projekt TEKZAS (Terahertz-Echtzeit-Kamera (zweidimensional)) für Anwendungen in der Sicherheitsforschung gearbeitet, weitere Forschung zur selben Technik findet in Erlangen, Tübingen und Berlin statt.¹⁶ Das Projekt in Tübingen beschäftigt sich mit der „Ethischen Begleitung, Evaluation und Normenfindung“ der Terahertz-Technologie; es hat jedoch als einziges Projekt zu diesem Thema eher die Funktion eines Feigen-

blatts für die Entwicklung der Technologie, die weitgehend abseits der Öffentlichkeit stattfindet.¹⁷ Die Freiheit der Bevölkerung wird durch Sicherheitskontrollen, schärfere Gesetzgebungen und Videoüberwachung eingeschränkt, angeblich immer im Namen von Freiheit und Sicherheit. Schavan meint dazu: „Es wird in der Gesellschaft immer ein Spannungsverhältnis zwischen Sicherheit und Freiheit geben - dem muss sich die Politik, die Gesellschaft insgesamt und insbesondere auch die Sicherheitsforschung stellen. Deshalb muss die geisteswissenschaftliche Forschung als Teil der Sicherheitsforschung frühzeitig die Richtung vorgeben und dazu auffordern, ethisch verantwortbare Lösungen zu entwickeln.“¹⁸ Erst mit einer Bekanntmachung des BMBF vom 21.10.2008 wurden jedoch außerhalb der bestehenden Programmlinien auch „sicherheitsbezogene Forschungen zu Werten, Wahrnehmungen, Kommunikation und Verhaltensweisen (Sicherheitskultur)“ angeregt und deren Förderung angekündigt. Allerdings ging auch diese Ausschreibung von dem verengten Sicherheitsbegriff des Gesamtprogramms aus und zielte letztlich darauf, Akzeptanz für die in der Entwicklung befindlichen Technologien zu schaffen, um sie zu effektivieren. Entsprechend heißt es in der Bekanntmachung, „dass innovative Sicherheitslösungen nur dann erfolgreich sein können, wenn ihr Nutzen und Mehrwert transparent dargestellt und sie im Dialog mit Anwendern und Öffentlichkeit optimiert werden.“¹⁹ Bei den geisteswissenschaftlichen Projekten handelt es sich insofern entweder um Alibi-Projekte, die wenig Einfluss auf die technische Entwicklung haben dürften - oder um Forschung, die den Befürwortern der „vernetzten Sicherheit“ in die Hände spielt. Eine freie und friedliche Forschung hängt letztendlich nicht davon ab, ob sie naturwissenschaftlich, technisch oder geisteswissenschaftlich ist, sondern davon, unter welchen politischen Vorzeichen sie betrieben wird. In Deutschland wurde im Jahr 2008 an 29 Hochschulen im Rahmen des Programms

13 Rede der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan, MdB, anlässlich der Konferenz „...mit Sicherheit: für Freiheit – die gesellschaftlichen Dimensionen der Sicherheitsforschung“ am 5.11.2008, www.bmbf.de.

14 BMBF: Forschung für die zivile Sicherheit - Schutz von Verkehrsinfrastrukturen. URL: http://www.bmbf.de/pub/BMBF_Verkehrssicherheit.pdf.

15 Schwentker, Björn: Nacktheit durch die Hintertür, Zeit-online vom 10.12. 2008.

16 BMBF: Forschung für die zivile Sicherheit - Detektion von Gefahrstoffen. URL: http://www.bmbf.de/pub/Zivile_Sicherheit_Gefahrstoffe.pdf.

17 Schwentker, Björn: Nacktheit durch die Hintertür, Zeit-online vom 10.12. 2008.

18 Schwentker, Björn / Kuhrt, Nicola: Ein Gespräch mit der Bundesforschungsministerin Annette Schavan zum Thema Sicherheitsforschung, www.academics.de (15.4.2009).

19 BMBF: Bekanntmachung vom 21.10.2008 „über die Förderung zum Themenfeld ‘Gesellschaftliche Dimensionen der Sicherheitsforschung’ im Rahmen des Programms der Bundesregierung ‘Forschung für die zivile Sicherheit’“.



Annette Schavan, Bundesministerin für Bildung und Forschung, findet Sicherheitsforschung in Deutschland eine gute Sache, Foto: Europäische Union.

„Forschung für die zivile Sicherheit“ geforscht, daneben fand jedoch noch jene Forschung statt, welche das BMVg in Auftrag gab.

Forschung im Auftrag des BMVg

Im Jahr 2008 hat die Bundesregierung 1,1 Milliarde Euro dafür gezahlt, dass an Hochschulen und in so genannten An-Instituten Rüstungsforschung²⁰ betrieben wird. Das Bundesministerium für Verteidigung (BMVg) vergab Aufträge für bundeswehrrelevante und wehrtechnische Forschung an Hochschulen in zehn Bundesländern.²¹ Insgesamt führen 27 Hochschulen derartige Projekte durch. Daneben erhielten auch einschlägige Forschungseinrichtungen wie die Forschungsgesellschaft für Angewandte Naturwissenschaften (FGAN), das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) oder die Fraunhofer Gesellschaft Aufträge. Im Rahmen des 7. Forschungsprogramms der EU wird an Hochschulen auch im „Forschungsprogramm für die zivile Sicherheit“ gearbeitet, dessen Ergebnisse teils ebenfalls „sicherheitsrelevant“ sind. Gleichzeitig ist 2007 das deutsche Forschungsprogramm zur „zivilen Sicherheit“ gestartet. Die Forschungsprojekte reichen insgesamt von der Entwicklung besserer Panzerungen über wehrpsychologische Projekte bis hin zu sozialwissenschaftlicher Forschung. Auch in der Lehre gibt es Verbindungen zwischen Hochschulen und der Bundeswehr. Von einzelnen Vorträgen mit Jugendoffizieren über Personalüberschneidungen bis hin zum Studiengang „Military Studies“ bestehen teils „erfreulich intensive“ Kooperationen, wie es im Jahresbericht der Jugendoffiziere 2007 heißt.²²

Den Projekten ist nicht immer am Titel anzusehen, dass es sich dabei um bundeswehrrelevante Forschung handelt. „Es wird auf dieser Ebene nichts geheim gehalten. Es wird nur nichts mitgeteilt – das aber gründlich“, schrieb Rainer Rilling schon 1988 über Rüstungsforschung in Deutschland.²³ Seither hat sich daran

nicht viel geändert: An vielen Hochschulen ist weder den Studierenden noch allen Mitarbeitern bewusst, dass nebenan für den Krieg geforscht wird. Einige „Kleine Anfragen“ der Linksfraktionen in Bundestag und den Landtagen haben im letzten Jahr gezeigt, dass teilweise schon seit Jahren solche Forschungsprojekte laufen. An einigen Universitäten verstößt die Rüstungsforschung auch gegen die Satzung, weil dort aufgrund der Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs eine Friedensklausel verankert wurde, die wehrtechnische Forschung verbietet. So hatte beispielsweise der Akademische Senat der Technischen Universität Berlin 1991 beschlossen, dass „keine Aufträge oder Zuwendungen für rüstungsrelevante Forschungen entgegengenommen werden sollen“. Die Universität habe eine Verpflichtung gegenüber der Vergangenheit, erklärte die Pressesprecherin der TU Kristina Zerges Anfang 2009. An der Vorgängereinrichtung der TU Berlin hatte bis 1945 in großem Maßstab Rüstungsforschung stattgefunden. „Wir haben die Zivilklausel aus ethischen Gründen eingeführt, vor Gericht hätte sie aber kaum Bestand“, meint Zerges. „Doch bislang gab es noch keinen Professor, der sich über die Vereinbarung hinweggesetzt hat.“²⁴ Dies ist jedoch nicht richtig. Schon seit Jahren erhält die TU Berlin Drittmittel vom Bundesverteidigungsministerium, wie Studierende durch die Antwort auf eine Kleine Anfrage im Bundestag herausfanden. „Die Tatsache, dass sich die Kleine Anfrage nur auf den Zeitraum von 2000 – 2008 bezieht und die TU bereits 2000 genannt wird, lässt befürchten, dass seit noch längerer Zeit für das BMVg geforscht wird als aus der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage ersichtlich wird“, schreibt der AStA der TU. An der TU findet sowohl wehrtechnische als auch wehrmedizinische Forschung statt. Seit dem Jahr 2000 hat das BMVg dafür mindestens 451.848 Euro gezahlt. Bei einer Anfrage dazu zeigte sich selbst der Rektor der Hochschule überrascht. „Der Fakt, dass der Universitätspräsident von der Studierendenschaft unterrichtet werden muss, wobei diese es wiederum zufällig aus dem Bundestag erfahren muss, spricht Bände über die Transparenz an der TU.“²⁵ Auch am Forschungs-

20 Solche Institute sind rechtlich und organisatorisch unabhängig, aber an Hochschulen angegliedert.

21 Drucksache des Deutschen Bundestages, Nr. 16/10156.

22 Bundesministerium der Verteidigung (BMVg): Jahresbericht der Jugendoffiziere der Bundeswehr 2007, sowie: Drucksache des Deutschen Bundestages, Nr. 16/10773.

23 Rilling, Rainer: Militärische Forschung in der Bundesrepub-

lik Deutschland, in: Braun / Buckel / Kankeleit / Rilling (Hrsg.): Rüstungsforschung. Diskussion der Probleme und Alternativen, Schriftenreihe Wissenschaft und Frieden, Nr.10.

24 Nestler, Ralf: Kriegsspiele auf dem Campus, im „Tagesspiegel“ vom 6.4.2009.

25 AStA Info Nr. 15, Januar 2009, S. 5.

zentrum Karlsruhe gibt es eine Friedensklausel. Hier soll die Universität aber mit dem ehemaligen Kernforschungszentrum zum „Karlsruhe Institute of Technology (KIT)“ verschmolzen werden, an dem ebenfalls Rüstungsforschung stattfindet. Am Institut für Nachrichtentechnik wird im Projekt „Software Defined Radio (SDR)“ geforscht, an dem auch die Bundeswehrhochschule München beteiligt ist. Die Ergebnisse werden verwendet, um die digitale Kommunikation vor allem in multinationalen Einsätzen zu verbessern. Vor allem in den Interventionen in instabilen oder als „zerfallen“ deklarierten Staaten wird SDR gebraucht. „Soldaten in multinationalen Truppen bekommen eine Vielzahl von Informationen, von Satellitenbildern bis zum Wetterbericht und Funkbefehle verschiedener Kommandoebenen. Wenn ein Computer den Informationsfluss individuell anpasst, kommen die Soldaten nicht so schnell durcheinander und können besser kämpfen“, meint Dietrich Schulze von der Naturwissenschaftler-Initiative – Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit (NatWiss), der am Karlsruher Forschungszentrum gearbeitet hat und sich am Bündnis für die Zivilklausel beteiligt.²⁶ Wie sich die Bundeswehr die Verwendung solcher Technologien vorstellt, erklärte Heeresinspekteur Hans-Otto Budde im Jahr 2004: „Wir brauchen den archaischen Kämpfer und den, der den High Tech Krieg führen kann. Diesen Typus müssen wir uns wohl vorstellen als einen Kolonialkrieger, der fern der Heimat bei dieser Art von Existenz in Gefahr steht, nach eigenen Gesetzen zu handeln.“²⁷ In Karlsruhe bemüht sich ein Bündnis aus Studierenden, Gewerkschaftern und NatWiss, die Friedensklausel auch auf das KIT zu übertragen und die Kriegsforschung damit zu unterbinden. In Karlsruhe wird eine grundsätzliche Diskussion dazu geführt, ob die in der Verfassung festgeschriebene „Freiheit der Wissenschaft“ auch bedeuten darf, dass für den Krieg geforscht wird – besonders, wenn schon eindeutig festgelegt ist, dass nur für zivile Zwecke geforscht werden soll.²⁸ Die Universitätsleitung hält eine Ausweitung der Zivilklausel nicht für notwendig. Die Mehrheit der Studierenden hat jedoch im Januar bei einer Urabstimmung für die Klausel gestimmt.²⁹ Die Argumentation der Befürworter von Rüstungsforschung verläuft in Karlsruhe und anderswo häufig auf der Ebene des Sachzwangs: „Deutschland schickt seine Soldaten an Brennpunkte in der ganzen Welt, die müssen vernünftig ausgestattet sein, um ihre Aufgaben zu erfüllen“, meint Friedrich Jondral, Leiter des Instituts für Nachrichtentechnik an der Universität Karlsruhe, an dem bereits heute Rüstungsforschung stattfindet. „Letztlich geht es darum, effizienter zu töten“, sagt wiederum Dietrich Schulze. Die Kooperation zur Rüstungsforschung ist dabei in Karlsruhe nichts Neues. Schon seit 1964 bestehen Ver-

bindungen zwischen der Universität und dem Ettlinger Institut der FGAN, das zum Großteil vom BMVg finanziert wird.³⁰ Baden-Württemberg ist neben Nordrhein-Westfalen das Bundesland, in dem am meisten Rüstungsforschung stattfindet. Unter anderem sitzen dort drei der fünf Institute der Fraunhofer Gesellschaft (FhG), die sich zum „Verbund Verteidigungs- und Sicherheitsforschung (VVS)“ zusammengeschlossen haben. An einem dieser Institute, dem Ernst-Mach-Institut (EMI) in Freiburg, wurde zwischen 2000 und 2007 unter anderem an Artilleriezeitzündern, gepanzerten Fahrzeugen, der Risikoanalyse von Überflügen, der Lenkung von Geschossen und an Mikrowellenwaffen geforscht.³¹ Die Fraunhofer Gesellschaft macht keinen Hehl daraus, dass dort Rüstungsforschung betrieben wird. In seinem „Mission Statement“ erklärt der VVS: „Die für diese Institute traditionelle Verflechtung von zivilen und wehrtechnischen Forschungsfeldern stellt eine wichtige Quelle für Innovation und Leistungserweiterung zum Nutzen der Auftraggeber dar.“³² Die Verflechtung mit ziviler Forschung treibt das EMI unter anderem voran, indem Stellenausschreibungen per Mail an die Studierenden der mathematisch-physikalischen Fakultät der Universität Freiburg gesandt werden, in denen „begeisterungsfähige Wissenschaftler“ gesucht werden. Das FhG-Institut für Angewandte Festkörperphysik in Freiburg hat gleichzeitig unter anderem den Airbus A400M mitentwickelt, der ab diesem Jahr von der Bundeswehr eingesetzt werden sollte. Daneben waren in den vergangenen Jahren aber auch die Universitäten Karlsruhe, Tübingen, Ulm, Freiburg, Heidelberg und Hohenheim an wehrmedizinischen Projekten beteiligt, welche die Bundesregierung als bundeswehrrelevant bezeichnet.³³ Mindestens bis zum Jahr 2009 fand auch an der Universität Jena vor allem psychologische Forschung für militärische Verwendung statt, unter anderem zur „Verbesserung der wehrpsychologischen Eignungsdiagnostik durch moderne mehrdimensionale Messmodelle“.³⁴ In Nordrhein-Westfalen wird ebenfalls an einigen Hochschulen für den Krieg geforscht. An der Universität Witten-Herdecke wurde bis 2007 an der „Beratung und Umsetzungsförderung bei der Gestaltung der Studienberatung in der OPZ [Offiziersbewerberprüfzentrale] der Bundeswehr und die Entwicklung eines sequenziellen Entscheidungsmodells“ gearbeitet. Die Uni Witten-Herdecke arbeitet damit der Bundeswehr bei ihren Bemühungen zu, qualifiziertes Personal zu rekrutieren. Die Studienberatung ist Teil des Bewerbungsverfahrens für Offiziersanwärter der Bundeswehr. Auch an der TU Dortmund wurde zur Eignungsfeststellung von Offiziersbewerbern geforscht. Gleichzeitig ging es dort in einem weiteren Projekt zu „Chronotyp und Melatoninsynthese“ um die Auswirkungen von Schichtdiensten, die für militärische Einsätze relevant sind. An der Universität Düsseldorf wurde die „Extraaurale Wirkung von tieffrequentem Schall/Infraschall auf Bedienstete im Bereich des Bundesministeriums und der Verteidigung“ untersucht – dabei geht es offenbar um die Auswirkung von Fluglärm auf Soldaten und Beamte. An der Universität Köln wurde zur Auswirkung von Senfgas geforscht, an der Universität Wuppertal zu Flugpsychologie. Mit Abstand das meiste Geld zahlte

26 Nestler, Ralf: Kriegsspiele auf dem Campus, im „Tagesspiegel“ vom 6.4.2009.

27 „Bundeswehr braucht archaische Kämpfer“, in „Die Welt“ vom 29.2.2004.

28 Der Verfassungsrechtler Prof. Erhard Denninger kam jedoch in einem Rechtsgutachten zu dem Schluss, dass „Der Gesetzgeber ... nicht daran gehindert [ist], die `Friedens-Finalität der geplanten Forschung` durch die Zivilklausel auszudrücken. Es ist demnach eine Frage des politischen Willens und nicht einer verfassungsrechtlichen Hinderung, die Zivilklausel im KIT-Gesetz festzuschreiben.“ Siehe: „Zivilklausel für KIT verfassungskonform - Gutachten widerlegt angebliches Freiheitsrecht für Militärforschung“, Pressemitteilung von Ver.di Bezirk Mittelbaden-Nordschwarzwald vom 9.2.2009.

29 Schulze, Dietrich: Militärforschung eine Absage erteilt - Mehrheit der Studenten der Universität Karlsruhe stimmt für eine Zivilklausel an ihrer Hochschule, in „Neues Deutschland“ vom 26.1.2009.

30 Nestler, Ralf: Kriegsspiele auf dem Campus, im „Tagesspiegel“ vom 6.4.2009.

31 Drucksache des Deutschen Bundestages, Nr. 16/10157.

32 „Mission statement“, www.vvs.fraunhofer.de (15.4.2009).

33 Drucksache des Deutschen Bundestages, Nr. 16/10157, S. 5 ff.

34 Drucksache des Deutschen Bundestages, Nr. 16/9905.

35 Drucksache des Deutschen Bundestages, Nr. 16/7647.

das BMVg an die Deutsche Sporthochschule Köln. Allein im Jahr 2007 zahlte das BMVg 818.000 Euro für zwölf Projekte, unter anderem zur Steuerung von Flugzeugen unter erhöhter Last und der Auswirkung von Ermüdung „während einsatztypischer Überwachungs- und Beobachtungsaufgaben“.³⁵ Die Universität Hannover hat in den Jahren 2006 und 2007 154.700 Euro für Rüstungsforschung erhalten um herauszufinden, welche Schäden starke elektromagnetische Feldimpulse an elektronischen Geräten verursachen. Als Rüstungsforschung wollte die Universität dies allerdings nicht diffamiert sehen; es gehe lediglich darum, „wie sicherheitskritische Anlagen wie Computer, Telefonzentralen oder elektromagnetische Militärgeräte gesichert werden können“, hieß es im Juni 2009 in einer Pressemitteilung.³⁶ „Die Frage, inwieweit diese Forschung dem Frieden und der internationalen Verständigung dient und nicht eher der Sicherung der eigenen Ressourcen in militärischen Konflikten, beantwortete die Hochschule nicht.“, meinen Arne Karrasch und Victor Perli³⁷. Perli ist Abgeordneter der Linksfraktion im niedersächsischen Landtag und fordert dort eine Zivilklausel, die im Hochschulgesetz verankert werden soll. Eine solche gab es ab 1993 schon einmal, bevor sie 2002 von der SPD-Regierung wieder abgeschafft wurde. So solle vor allem eine öffentliche Diskussion entstehen: „Allein die Tatsache, dass die schleichende Akzeptanz der Militarisation der Gesellschaft nicht in der Öffentlichkeit diskutiert wird, bedeutet nicht, dass ihre VerfechterInnen still halten“³⁸, meint er und bezieht sich damit auch auf den Celler Dialog. Das Bündnis aus Wirtschaft, Politik und Bundeswehr hat es sich unter anderem zum Ziel gemacht, den sicherheitspolitischen Dialog in Forschung und Lehre zu stärken.

Bisher hat nach Angabe der Regierung keine Hochschule einen Auftrag des BMVg abgelehnt. Das könnte auch damit zusammenhängen, dass Forscher vermehrt davon abhängig sind, externe Geldgeber für Projekte zu finden. „Wenn ich gezwungen bin, Drittmittel einzuwerben, muss ich sehen, wo ich die herbeikomme“, meint Jondral.³⁹ Die Befürworter der Friedensklausel

36 Pressemitteilung der Universität Hannover vom 10. Juni 2009

37 Karrasch, Arne/ Perli, Victor: Hochschulen als Kriegsdienstverweigerer, in: Forum Wissenschaft 4/09.

38 Ebd.

39 Nestler, Ralf: Kriegsspiele auf dem Campus, im „Tagesspiegel“ vom 6.4.2009.

am KIT sehen in der Rüstungsforschung auch eine Behinderung friedlicher Lösungen von Konflikten, weil Militärforschung Produkte hervorbringt, die verkauft werden müssen. In welchem Umfang neben der Drittmittelvergabe durch das BMVg auch direkte Kooperationen in wehrtechnischen Forschungsangelegenheiten mit privaten Firmen stattfinden, darüber macht die Bundesregierung keine Angaben. Dass an einigen Stellen eine Zusammenarbeit von Rüstungsunternehmen und Hochschulen besteht, ist jedoch sicher. Die Universität Stuttgart kooperiert etwa mit dem Unternehmen Eurocopter, einer Tochter des Luft- und Raumfahrtunternehmens EADS. Eurocopter stellt neben zivilen auch militärische Helikopter her und hält in diesem Bereich einen weltweiten Marktanteil von etwa 25 Prozent. Ziel des am 1. April 2009 unterschriebenen Partnerschaftsabkommens mit der Uni Stuttgart sei die Zusammenarbeit bei technologischen Themen sowie bei der Ausbildung künftiger Ingenieure. „Geplant ist eine Vorlesungsreihe mit Eurocopter-Ingenieuren als Referenten über Hubschraubertechnologie, Firmenbesichtigungen für Studierende und das Angebot von Praktikums- und Diplomandenstellen“, heißt es in der Presseerklärung der Uni Stuttgart. Ziel der konkreten Forschungsarbeit sei die Herstellung von Rotorblättern, Hubschrauberstrukturen sowie die Fertigung von Airbus-Türen.⁴⁰ Wie viel verteidigungsrelevante Forschung an zivilen Hochschulen und An-Instituten in den vergangenen Jahren schon stattgefunden hat, lässt sich nur bis zum Jahr 2000 zurückverfolgen. Davor seien die entsprechenden Daten nicht erhoben worden, erklärt die Bundesregierung.⁴¹ Es ist davon auszugehen, dass die Forschung schon lange vorher stattgefunden hat. Die Zunahme von militärischen Interventionen der Bundeswehr bedeutet, dass mehr und vor allem umfassendere Forschung dafür betrieben werden muss. Gerade in den vergangenen Jahren ist neben explizit wehrtechnischer Forschung auch nichttechnische und vor allem sozialwissenschaftliche Forschung für BMVg und Bundeswehr wichtig geworden.

40 „Uni-Infos vom 2.4.2009“ www.uni-stuttgart.de (15.04.2009).

41 Drucksache des Deutschen Bundestages, Nr. 16/2431, S. 8.

*Unten: Der NH 90, Spitzenprodukt wehrtechnischer Forschung.
Foto: Igge, Wikimedia, GNU-Lizenz*

